

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Brigitte Klee
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir
Ausschussmitglied Petra Kolbe
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe Grüne/WBV/Piraten

Ausschussmitglied Rainer Büscher
Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

Mitglied BASU-Fraktion

Grundmandat Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied "Die Linke"

beratendes Mitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Manfred Kaluza

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

Fachbereich Soziales

Stellv. Fachbereichsleitung 50 Peter Albers

Gesundheitsamt

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen

Gäste

Herr Schwarz (Abteilungsleitung Fachbereich 50)

Frau Ratzer (AIDS-Hilfe)

1 Pressevertreter der „Wilhelmshavener Zeitung“

1 ZuhörerIn

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Joachim Stasch

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
 - 2 Feststellung der Tagesordnung
 - 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom
 - 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Wahlordnung Seniorenbeirat **159/2012**
 - 5 Mitteilungen und Anfragen
 - 5.1 Sachstand Methadonversorgung (Immobilie)
 - 5.2 Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 nach dem Stand vom 30.04.2012 (s. Anlage 2)
 - 5.3 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Vortrag Herr Schwarz)
 - 5.4 Vorstellung der Wilhelmshavener Aidshilfe e. V.
-
- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.
 - 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.
 - 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24.05.2012

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 24.05.2012 wird genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Wahlordnung Seniorenbeirat

159/2012

Herr Stoffers bezog sich auf den Tagesordnungspunkt 4.4 der Sitzung vom 22.03.2012.

Es gebe nun 2 Möglichkeiten des weiteren Vorgehens:

1. Aufgrund des geringen Interesses an der Wahl zum Seniorenbeirat werde der Beirat aufgelöst
2. die Wahlordnung werde überarbeitet, um einen größeren Kreis von Interessenten zu erreichen und die Arbeit des Seniorenbeirates zu stärken.

Die Verwaltung schlage vor, die zweite Möglichkeit – auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung – umzusetzen.

Herr Stoffers erläuterte die einzelnen Paragraphen der neuen Wahlordnung.

Die nächste Wahl werde an die im Januar 2013 erfolgende Landtagswahl gekoppelt, in den Folgejahren erfolge sie jeweils mit der Kommunalwahl, um einen möglichst großen Personenkreis zu erreichen.

Herr Kaluza sah keinen Diskussionsbedarf, da die vom Seniorenbeirat gemachten Vorschläge in dem Verwaltungsvorschlag alle enthalten seien.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Wahlordnung für die Wahl des Seniorenbeirates der Stadt Wilhelmshaven.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Sachstand Methadonversorgung (Immobilie)

Herr Stoffers informierte, dass man in Zusammenarbeit mit dem „Grundstücks- und Gebäude-Service“ bereits im Bestand der Stadt nach einem geeigneten Objekt gesucht habe. Bisher habe man jedoch kein geeignetes Gebäude gefunden. Im Bestand der Stadt gäbe es zwar eine Vielzahl von Gebäuden, jedoch sei ein Großteil vermietet und belegt. Bei Leerständen seien diese Gebäude meist

ungeeignet oder stünden zum Verkauf.

Durch die Thematisierung in der Wilhelmshavener Zeitung hätten einige private Eigentümer und Vermieter Objekte angeboten. Dabei kämen grundsätzlich 2 Objekte in Frage:

Gebäude in der Bismarckstraße

Hier erfolgte eine Besichtigung mit allen Beteiligten. Von den Räumlichkeiten sei dieses Objekt geeignet, der Vermieter wolle noch renovieren und PVC verlegen. Herr Abelmann habe sich noch Bedenkzeit erbeten. Es sei mit einer Entscheidung in ca. 4 Wochen zu rechnen, wobei ein Einzug dann ab 01.10.2012 möglich wäre.

Gebäude in der Rheinstraße

Dieses Objekt sei weniger geeignet, da der Sanierungs- und Modernisierungsaufwand hoch sei und der Grundriss auch nicht für die Methadonabgabe passe. Herr Abelmann lehne diese Räumlichkeiten ab.

Herr Abelmann möchte sich mit einem Makler in Verbindung setzen, bei dem er geeignete Räumlichkeiten gesehen habe.

Frau Bakir und Frau Weinstock baten die Stadt, weiter im städtischen Bestand nach einem geeigneten Objekt zu suchen. Frau Bakir bezweifelte die Chance, über einen Makler ein geeignetes Objekt zu finden.

5.2 Produktberichte der Fachbereiche 50 und 53 nach dem Stand vom 30.04.2012 (s. Anlage 2)

Herr Schwarz stellte die Produkte „Hilfe zum Lebensunterhalt“ (31.11.10) und „Grundsicherung“ (31.16.10) vor.

Die Bundeserstattung in 2012 werde bei der Grundsicherung 45 % bezogen auf die Zahlen vom Vorvorjahr (also 2010) betragen.

Für das Jahr 2013 seien 75 % und für 2014 sogar eine 100 %ige Erstattung bezogen auf die Zahlen vom Vorvorjahr geplant. Die höhere Erstattung müssen allerdings noch vom Bundesrat gebilligt werden.

Die Ziele in den beiden Produkten seien nicht gefährdet.

Auf Nachfrage von Frau Linsen-Steiner, ob diese Erstattungen im Rahmen des Fiskalpaktes erfolgten, wurde dies von Herrn Stoffers verneint.

Herr Albers stellte die 4 wesentlichen Produkte seines Bereiches „Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung“ (31.13.21), „Leistungen in anerkannten Werkstätten für Menschen mit Behinderungen“ (31.13.41), „Heilpädagogische Leistungen für Kinder“ (31.13.62) und „Hilfen zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten“ (31.13.66) vor.

Es handele sich um Pflichtaufgaben.

Die Planungen und Prognosen stimmten nahezu überein, in den ersten beiden Produkten (Schulbildung und Werkstätten) liege man noch etwas unter den

Zielzahlen.

Durch die Arbeit der seit Anfang des Jahres eingesetzten Teilhabemanager und einer optimierten Hilfeplanung versuche man, den auch bundesweit zu beobachtenden Anstieg der Aufwendungen in der Eingliederungshilfe zu reduzieren.

Herr Stoffers ging kurz auf die Erstattungen im Rahmen des Quotalen Systems ein, dessen Erstattungsquote für Wilhelmshaven in 2012 aktuell 72 % betrage.

Herr Albers stellte zum Abschluss das Produkt „Kosten der Unterkunft“ (31.21.10) vor. Es handele sich um Leistungen des SGB II, die vom Jobcenter erbracht und dann von der Stadt übernommen würden. Es habe sich eine Ergebnisverbesserung ergeben, die auf Beschäftigungen durch die gute Konjunktur und den Jade-Weser-Port zurückzuführen seien.

Auf Nachfrage von Herrn Möhle antwortete Herr Albers, dass in keinem der 77 Produkte des Fachbereichs zuzeit die Zielerreichung gefährdet sei.

Herr Dr. Rübsamen stellte die 2 Produkte seines Fachbereichs vor, in denen Einnahmen erzielt würden:
41.41.10 (Infektionsschutz) und 41.41.40 (Gutachterwesen)

Die Anzahl der Gutachten hänge von den erteilten Aufträgen ab. Diese kämen z.B. vom Fachbereich Soziales (Pauschalabrechnung) oder vom Jobcenter. Die Zahlen könne man deshalb zu Jahresbeginn nur schätzen.

Beim Infektionsschutz mit dem Hafenärztlichen Dienst würden vom Land 80.000,- € erstattet.

5.3 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Vortrag Herr Schwarz)

Herr Schwarz informierte über die gesetzlichen Bestimmungen (s. Anlage).

Man erwarte in diesem Jahr in Wilhelmshaven rund 60 vom Land neu zugewiesene Personen.

Dabei werde im Vorfeld für jede Kommune niedersachsenweit eine Zuweisungsquote festgelegt, die an die Einwohnerzahl gekoppelt sei. Die Zuweisung der so ermittelten Personen erfolge dann im Laufe des Jahres schrittweise.

Herr Schwarz schilderte sodann den Ablauf der Eingewöhnungsphase der zugewiesenen Personen in einem Gebäude in der Marienstraße, wo 28 Plätze verfügbar seien. Im Laufe der Zeit werde dann versucht, die Asylbewerber in eigenen Wohnungen unterzubringen.

Die finanzielle Unterdeckung in diesem Bereich resultiere zum großen Teil aus der zu gewährenden Krankenhilfe. Dieser Personenkreis könne nicht bei der gesetzlichen Krankenkasse angemeldet werden.

Als monatliche Kostenbeispiele nannte Herr Schwarz:

Betreuung einer Person in der Psychiatrie: ca. 6.000,- €

1 Dialysepatient:

ca. 5.000,- €

Die Zahl der Asylbewerber verringere sich z. B. durch einen Wechsel des Aufenthaltsstatus, der Erteilung einer Arbeitserlaubnis oder den Wechsel in den SGB II-Bereich. Im letzten Jahr seien 50 bis 60 Personen gewechselt, wogegen 60 neue Asylbewerber zugewiesen wurden.

Herr Hammadi kritisierte die Ausgabe von Wertgutscheinen, zumal diese häufig in Bargeld getauscht würden.

Auf seine Nachfrage erläuterte Herr Schwarz, dass die Wertgutscheine personifiziert seien (mit Aktenzeichen und Personalausweisgebrauch).

Einige Ausschussmitglieder plädierten für eine Erhöhung der seit fast 20 Jahren unveränderten Asytleistungen.

5.4 Vorstellung der Wilhelmshavener Aidshilfe e. V.

Frau Ratzer stellte sich persönlich kurz vor. Sie sei 1999 als Vollzeitkraft, über Landesmittel finanziert, bei der Aidshilfe eingestellt worden. Die Fördermittel seien im Laufe der Jahre nicht angepasst worden, so dass Frau Ratzer nun nur noch 29 Wochenstunden tätig sei.

Alle anderen Mitarbeiter seien ehrenamtlich tätig.

Der Verein sei an den Paritätischen angeschlossen und Mitglied im Landes- und Bundesverband.

Der Gesamthaushalt belaufe sich auf 55.000,- €, wovon 44.100,- € das Land zahle und der Rest über Spenden eingeholt würde.

Die (auch anonyme) Onlineberatung werde bezuschusst.

Man sei mit der hiesigen Beratungsstelle auch für die Landkreise Friesland und Wittmund zuständig, z.T. reiche der Einzugsbereich bis nach Emden.

Es erfolgte eine Powerpoint-Präsentation mit Fotos und Zeitungsberichten aus 25 Jahren Aidshilfe.

Schwerpunkt der Beratung seien die Bereiche HIV und STD (sexual transmitted diseases / sexuell übertragbare Erkrankungen).

Die sog. Hauptbetroffenengruppen und Arbeitsschwerpunkte seien:

- Prävention bei MSM (Männer, die Sex mit Männern haben)
- Migranten (z. T. aus Afrika mit Aids eingereist)
- Frauen in besonderen Lebenssituationen (z.B. Partnerinnen von MSM oder Drogennutzern)
- Im Bereich Sex, Gesundheit und Drogen den möglichen Schutz vor Aids aufzeigen.
- Hepatitis C – Infektionsgefahr ist dann stark erhöht
- harm-reduction (Verharmlosung bei Drogenmissbrauch entgegenwirken)
- Spritzenvergabe als einzige Organisation im Umkreis / hat sich verdreifacht
- Öffentlichkeitsarbeit an Schulen
- Information: Wie kann man Risiken beim Spritzen minimieren?

- Information: Was tun bei einer Infektion, um eine Verschlimmerung zu verhindern?

Es habe in den letzten Jahren Verbesserungen in der Medizin gegeben. Ein heute infizierter 20-Jähriger habe gute Chancen, das Rentenalter zu erreichen.

Die Altersstruktur der Ratsuchenden reiche von ca. 20 bis 70 Jahren.

Auf Nachfrage von Herrn Reese nach der Zahl der Infizierten in Wilhelmshaven antwortete Frau Ratzer, dass offiziell keine genauen Zahlen bekannt seien.

Sie schätze die Zahl auf ca. 60 Personen für den gesamten Bereich (Wilhelmshaven/ FRI/ WTM).

Herr Dr. Rübsamen ergänzte, dass im Postleitzahlenbereich 26 pro Jahr ca. 7 Neuerkrankungen registriert würden.